

Wir handeln, statt behandelt zu werden!

Wer nicht handelt, wird behandelt

Das „Hesse-Gutachten“ stößt die Diskussion über kommunale Gebietsreformen in Niedersachsen erneut an. Neben einer gründlichen Analyse und einigen Handlungsoptionen schafft das Land Niedersachsen mit diesem Gutachten auch Fakten. Klar ist, dass es in den nächsten Jahren eine Gebietsreform geben und dass diese im Zweifel ab dem Jahr 2014 von „oben“ nach „unten“ stattfinden wird. Wenn man sich vergangene Verwaltungsreformen in Erinnerung ruft, dann kann es nicht im Sinne des Braunschweiger Landes sein, wenn diese Gebietsreform durch das niedersächsische Innenministerium gestaltet wird.

Es ist der Landesregierung hoch anzurechnen, dass sie die kommunale Selbstverwaltung respektiert und bis 2012 die Kommunen zu selbst bestimmten Handeln anregt. Bis 2012 bekommen Kommunen, die sich mit ihren Nachbarn verständigen bzw. fusionieren, einen Großteil ihrer Schulden durch das Land erlassen. Ab 2014 entscheidet das Land alleine über die Zukunft der Kommunen.

- Es kann vor diesem Hintergrund nur eine mündige Reform im Sinne der Kommunen geben. Von jedem Kommunalpolitiker im Braunschweiger Land ist beherztes und vor allem zielführendes Handeln gefragt. Wer alte Strukturen bis 2014 erhalten will, der verspielt eine einmalige Chance zur Endscheidung und langfristig tragbaren Strukturen.

- Von der Landesregierung ist Flexibilität gefragt. Sollte es konstruktive Reformprojekte der Kommunen geben, deren Ergebnisse in Sichtweite sind, dann muss es möglich sein, über den zeitlichen Rahmen kurzfristig zu verhandeln.

Alte Kreisgrenzen auf dem Prüfstand

In dem „Hesse-Gutachten“ besteht das Braunschweiger Land aus Braunschweig, Goslar, Wolfenbüttel, Peine, Wolfsburg, Salzgitter, Helmstedt und Gifhorn. Diese Wahrnehmung entspricht voll und ganz der Lebensrealität der Menschen im Braunschweiger Land.

- Wolfsburg und Gifhorn gehören zur gelebten Großregion Braunschweig! Auch die Union sollte Diskussionen über ihre Parteistruktur stets offen gegenüberstehen.

Ein grundlegender Fehler des „Hesse-Gutachten“ ist , dass in den aktuellen Kreisgrenzen gedacht wird. Es ist völlig richtig, dass kommunale Grenzen historisch gewachsen sind und die Menschen sich mit diesen identifizieren. Doch es lohnt sich die „naturegegebenen“ Kreisgrenzen zu hinterfragen. Teilweise sind diese künstliche/ willkürliche Gebilde

(Wolfenbüttel), schon lange nicht mehr lebensfähig (Goslar) oder ein Erbe aus dem Dritten Reich (Salzgitter/ Wolfsburg). Die Junge Union Landesverband Braunschweig versteht sich selbst als eine Organisation, die sich der eigenen Heimat zutiefst verbunden fühlt, doch darf die Grenzziehung früherer Generationen die Lebensverhältnisse kommender Generationen nicht belasten.

- Eine sinnvolle Gebietsreform muss das Braunschweiger Land deshalb ganzheitlich und ohne momentane Kreisgrenzen betrachten.

Wichtige Fragen

1. Vor der Neuordnung sollte eine umfassende Aufgabenkritik stehen.

- Die Kommunen müssen sich fragen, welche Aufgaben durch Synergieeffekte effizienter werden können.

- Welche Aufgaben gehören in die Ausführungskompetenz des Landes Niedersachsen.

- Welches Leistungsangebot im Bezug auf die Haushaltslage vorgehalten werden sollen und welche Angebote unnötigen freiwilligen Leistungen entsprechen.

- Welche Leistungen nah am Bürger vorgehalten werden müssen und welche zentral erbracht werden können.

- Wir fordern, dass Parteien, kommunale Spitzenverbände, Kommunalpolitik und Verwaltung sich dieser Aufgabe stellen und so eine Diskussionsgrundlage schaffen.

2. Nicht zuletzt ist sich zwischen zwei entgegengesetzten Varianten entscheiden:

Der Region und den drei Großkreisen.

- Die angedachte Kreis Wolfsburg/Helmstedt/Gifhorn erscheint sinnvoll.

- Obwohl Salzgitter und Goslar als Sanierungsfälle eingestuft werden soll ihre Fusion die Lösung sein.

- Der Braunschweig/Wolfenbüttel/Peine-Landkreis erscheint eher wie eine Region (so beträgt die Entfernung von Vöhrum nach Hornburg beispielsweise 70km) und wäre offensichtlich „braunschweiglastig“.

Die Option der drei Großkreise darf nicht verworfen werden, bedarf jedoch einer detaillierteren Planung. Die Gefahr ist evident, dass die aktuellen Gedankenspiele viele neue Probleme schaffen würden.

Das Hesse Gutachten bezeichnet die Region Braunschweig als gescheitert. Dies ist eine Fehleinschätzung, der Vorschlag ist weder innerhalb des Braunschweiger Landes gescheitert noch ist er es, weil der Auftraggeber des Gutachtens sich tendenziell gegen die Region ausspricht.

Die Junge Union Landesverband Braunschweig in erster Linie die Diskussion anstoßen. Wir verstehen uns als Motor der Union und wollen uns der Diskussion stellen. Politik und Verwaltung müssen nun ihren Beitrag leisten um den Begriff weiter auszugestalten.

Städte und Gemeinden müssen so zugeschnitten werden, dass selbst die kleinsten Kommunen mehr als 25.000 bis 30.000 Einwohner zählen. Diese Kommunen müssen sich dabei darauf einigen, welche Aufgaben sie nah an den Menschen ansiedeln und welche zentral von der neu geschaffenen Region übernommen werden.

3. Egal wie diese neuen Gebietskörperschaften aussehen mögen oder wie groß ihre Schuldenlast ist, die Kommunen müssen lebensfähig sein. Die Gewerbesteuer stellt dabei keine verlässliche Einnahmequelle dar. Auch wenn einige Gemeinden durch die Gewerbesteuer immer wieder in sehr komfortable Haushaltssituation kommen, genügt das Aufkommen aus ihr nicht bei allen Kommunen, um die gemeindlichen Leistungen zu finanzieren. So muss die Stadt Königslutter beispielsweise mit gerade $\frac{1}{4}$ der Gewerbesteuer haushalten als die $\frac{3}{4}$ so große Nachbargemeinde Schöningen. Diese Streuung, auch zwischen Gemeinde gleicher Größenklassen, ist in Anbetracht der verfassungsmäßigen Forderung nach Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse abzulehnen. Die Einnahmen der gemeindlichen Haushalte müssen auskömmlich und weitestgehend stetig und somit kalkulierbar sein, um der kommunalen Daseinsvorsorge in angemessener Weise, sowohl in den Großstädten mit vielen Industriebetrieben als auch in den kleineren und ländlichen Kommunen gerecht zu werden.

Ungeachtet, wie die Diskussion sich entwickelt, begrüßt die Junge Union Landesverband Braunschweig den Vorstoß der Landesregierung und dankt Professor Hesse für seine solide und umfassende Lageanalyse.

Wir können selbst mitbestimmen in was für einem Braunschweiger Land wir zukünftig leben. Noch haben wir Chancen - 2014 haben wir Tatsachen.